



2 Tote an der Startbahn

**G
A
F
F
A**

Am 2.11. wurden während einer Demonstration aus Anlaß des sechsten Jahrestages der Räumung des Hüttendorfes an der Startbahn West zwei Polizisten erschossen.

Wir verurteilen diese Morde sowohl aus ethischen als auch aus politischen Gründen. Der Kampf gegen die Startbahn West wird mit verschiedenen Mitteln geführt. Mord zählt nicht dazu und darf auch niemals dazuzählen! Die Mittel, die die Bewegung gegen die Startbahn West einsetzt waren und sind vielfältig: Demonstrationen, Unterschriftensammlungen, Hungerstreiks, die Errichtung des Hüttendorfes, Besetzungen, Blockaden, Angriffe auf den Bauzaun, Sabotage an Baumaschinen und der Infrastruktur des Flughafens.

Die Antwort des Staates ist bekannt. Der Bau der Startbahn West wurde gegen den Widerstand einer ganzen Region mit allen Mitteln durchgesetzt. Das von mehr als 220.000 Bürgern unterschriebene Volksbegehren wurde nicht zur Entscheidung zugelassen. Das Hüttendorf wurde durch Prügeleinsätze brutal geräumt und zerstört. Blendschockwurfkörper wurden in der BRD erstmals an der Startbahn eingesetzt. In der Frankfurter Rohrbachstraße wurden friedliche Demonstranten eingekesselt und dann verprügelt. Viele StartbahngegnerInnen wurden wegen ihres Einsatzes gegen die Flughafenerweiterung juristisch verfolgt, und es wurde versucht, die Bewegung zu kriminalisieren. Der Entschiedenheit der StartbahngegnerInnen wurde somit eine verstärkte Aufrüstung und Brutalisierung der Polizei entgegengesetzt. Die StartbahngegnerInnen stellten sich auf diese Aufrüstung ein.

Wir fragen uns, ob die Schüsse auf Polizisten ein zwangsläufiges Produkt dieser Entwicklungen sind. Die heutige Situation ist gekennzeichnet dadurch, daß soziale Konflikte nicht durch eine gesellschaftliche Auseinandersetzung gelöst werden, sondern durch den Einsatz der Staatsgewalt, der Polizei. Dadurch werden die einzelnen Polizisten im wahrsten Sinn zu den Prügelknaben der Nation.

Von weiten Teilen der öffentlichen Meinung wird die Täterschaft an den Morden in Frankfurt "den Autonomen" angelastet.

Wir fragen: Wem nützen diese Morde?

Nimmt der Staatsapparat sie nicht zum willkommenen Anlaß, alle seine aktiven Gegner zu kriminalisieren und ihre politischen Zusammenhänge zu zerschlagen? Allein am Dienstag letzter Woche wurden mehrere Dutzend Wohnungen durchsucht und etwa vierzig Personen festgenommen. Generalbundesanwalt Rebmann hat inzwischen das Verfahren übernommen, "weil der Bestand der inneren Sicherheit beeinträchtigt" wäre. Dies ist ihm erst durch die zu Beginn des Jahres in Kraft getretenen verschärften Anti-Terror-Gesetze möglich.

Mit der Ausdehnung der Paragraphen 129a (Bildung einer terroristischen Vereinigung) und 130a (Anleitung zu Straftaten) wurden die juristischen Mittel erweitert, soziale Bewegungen zu verfolgen. Durch die Änderung des § 129a wurde der Begriff der Terroristischen Vereinigung so erweitert, daß er auf jede politisch aktive Gruppe zutreffen kann. Mit dem § 130a soll die Diskussion über jede Form von Widerstand verhindert werden. Diejenigen, die es wagen, eine andere Meinung als der Staat zu vertreten und diesem somit unbequem sind, sollen verfolgt werden.

Nach den Morden in Frankfurt besteht die Gefahr, daß ein politisches Klima entsteht, das den Einsatz dieser Gesetze dann auch politisch möglich macht.

Reaktionäre Politiker fordern jetzt als erste Maßnahmen eine weitere Aufrüstung und Militarisierung der Polizei, sowie eine nochmalige Einschränkung des Demonstrationsrechts. Darüber hinaus werden alle diejenigen für vogelfrei erklärt, die diesen Staat in Frage stellen. Es wird verlangt, dem Staat und seinen Institutionen gegenüber ein positiv definiertes Verhältnis zu haben. Opposition soll bestenfalls in der Form von Appellen an die Herrschenden vorgetragen werden.

Insbesondere die Partei der Grünen scheint dazu ausersehen zu sein, die Rolle der staatstragenden Opposition zu spielen. Nicht zuletzt anlässlich der Ereignisse am 2.11. wird sie aufgefordert, sich von jeder Art des Widerstandes zu distanzieren und ihre Anhänger in die Arme des Staates zurückzuführen.

Von denjenigen, denen noch ein politisches Überlebensrecht zugebilligt wird, wird verlangt, sich von radikalen Politikansätzen zu distanzieren. Solche Personen, die nicht dazu bereit sind, sollen der Staatsmacht ausgeliefert werden.

Wir wehren uns dagegen, daß versucht wird, einen Keil zwischen die Linken und die sozialen Bewegungen zu treiben. Denjenigen, die in den verschiedenen Bewegungen für eine selbstbestimmte, herrschaftsfreie Gesellschaft kämpfen und dabei staatlichen Repressionen ausgesetzt sind, gilt unsere Solidarität. Wir wollen keine Opposition, die sich in parlamentarischen Ritualen erschöpft.

Ebenso wie früher gegen Kommunisten wird heute eine ungeheure Hetze gegen die sogenannten "Autonomen" entfacht. Sind diese einmal politisch ausgeschaltet, gegen wen wird sich die Macht des Staatsapparates dann richten? Die Friedensbewegung, die Gewerkschaften ?

Diskussionsveranstaltung

am 11.11. um 20⁰⁰h

im alten Hauptgebäude der THD

Raum 11/23